

domain of conflict resolution. Nalbandov provides a solid theoretical foundation for his analysis of foreign interventions in ethnic conflicts. He also provides a rough framework for measuring whether such unilateral and multilateral interventions have been successful or not. However, while Nalbandov's methods certainly provide an important and interesting alternative viewpoint, it seems doubtful that his conclusions are solid enough to serve as a guide to predicting the outcomes of such complex circumstances.

*Alexander Boettcher,
Jena*

MARC STEARS:

Demanding Democracy. American Radicals in Search of a New Politics

Princeton/NJ 2010

Princeton University Press, 256 S.

Marc Stears' spannendes, kluges und engagiertes Buch »Demanding Democracy« beschäftigt sich mit einem zentralen Problem jeder progressiv-emanzipatorischen Politik: der Umsetzung demokratischer Ideale in einer nicht-idealen Welt. Dabei geht es um das immer wieder neu auszutarierende Verhältnis von Gesellschaftsanalyse und politischen Zielvorstellungen sowie den Mitteln ihrer Durchsetzung. Radikale Demokraten sahen sich immer wieder mit einem Bündel von Fragen konfrontiert, deren Beantwortung nach wie vor eine wesentliche Herausforderung darstellt: Wie soll die ideale Demokratie aussehen? Wo und wie weicht die Gegenwart von diesem Ideal ab? Wie muss man agieren, um dem Ideal näher zu kommen? Stears identifiziert mit Blick auf die us-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts eine »radical tradition«, die sich aus dem »Progressive Movement« der Jahrhundertwende, den gewerkschaftlichen Kämpfen um industrielle Demokratie in der Zwischenkriegszeit, dem neuen Liberalismus der fünfziger, der Bürgerrechtsbewegung der sechziger sowie der Neuen Linken der siebziger Jahre zusammensetzt.

Das »Progressive Movement«, dem sich Marc Stears bereits früher in einer lesenswerten Studie (*Progressives, Pluralists, and the Problems of the State. Ideologies of Reform in the United States and Britain, 1906–1926*, Oxford University Press 2006) gewidmet hat, setzte mit einer Kritik der kaum zu durchdringenden oligarchischen Parteimaschinerie, der wenig transparenten lokalen Exekutivkörperschaften und der schwachen Rolle der Zentralregierung ein. Diese seien, so argumentierten wichtige Vertreter wie Herbert Croly, Walter Lippman oder Walter Weyl, für eine andere Zeit gemacht worden und gegenwärtigen Realitäten nicht mehr angemessen. Es bedürfe daher einer grundlegenden Reform – einer Demokratie für die urbanisierte und industrialisierte Gesellschaft des 20. Jahr-

hunderts. Nach dem Regionalismus und Klientelismus vergangener Tage sollte nun endlich das Zeitalter nationaler Politik beginnen, in dem alle Bürger in gemeinsamen Diskussionen und gemeinsamer Verantwortung, auf der Basis gemeinsamer Werte und am Gemeinwohl orientiert Lösungen für die drängenden nationalen Probleme formulieren. Zugleich mehrten sich Forderungen nach direkter Demokratie, das heißt nach Wegen, auf denen sich Themen direkt auf die politische Agenda setzen ließen. Unterschwellig blieb jedoch die Skepsis, dass mehr Beteiligung nicht nur ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen, sondern auch zu größerer Uneinigkeit führen könnte. Zudem schien nicht sicher, dass der Einzelne willens und fähig war, verantwortlich von den neuen demokratischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. An dieser Stelle zeigt sich das von Stears immer wieder herausgearbeitete Grundproblem jeder radikalen demokratischen Bewegung: Wie kann man bei den Bürgern zur Ausbildung derjenigen Verhaltensweisen beitragen, die sie für verantwortliches Handeln in und auf dem Weg zu einer idealen Demokratie benötigen?

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte ein neues Nachdenken ein, dass die bis dato bevorzugten politischen Instrumente der »Progressives« einer Revision unterzogen und in dessen Folge es zur Neuformulierung weiterer Teile der radikalen Tradition kam: »led by three giants of American political thought – Walter Lippman, Reinhold Niebuhr, and John Dewey« (S. 58). Der Krieg hatte zwar eine amerikanische Nation geformt, dies jedoch mittels Emotionalisierung und Propaganda, nicht auf dem Weg einer rationalen Artikulation des Gemeinwohls. Damit schien sich eine gegenüber der Vorkriegszeit neue Gefahr für die Demokratie abzuzeichnen, die nicht mehr in sozialer Fragmentierung, sondern in den homogenisierenden Zwängen einer nationalistischen und exkludierenden Politik lag. Es kamen Zweifel auf, ob es in einer hoch industrialisierten Gesellschaft überhaupt möglich und wünschenswert sei, ein einheitliches Gemeinwohl zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund entstand in den USA die Theorie des Pluralismus. Wo man vor dem Krieg noch Stabilität und Ordnung im politischen Raum angestrebt hatte, da nahm man nun Konflikte und die Notwendigkeit politischer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen und Interessen in den Blick. Um in politischen Auseinandersetzungen bestehen und die eigenen Ziele erfolgreich durchsetzen zu können, müsse jede Gruppe – auch die der progressiven, radikal-demokratischen Reformer – zu Mitteln politischer Mobilisierung greifen, die bisher suspekt waren: bewusst einseitige Kampagnen, aggressive Interessenpolitik und der Einsatz der Verhandlungsmacht einzelner Organisationen. Reformer suchten hier vor allem den Schulterchluss mit den um industrielle Demokratie kämpfenden Gewerkschaften und adaptierten einige Methoden des kämpferisch-militanten Aktivismus jener Tage.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer neuerlichen Revision der Methoden und Ziele der radikaldemokratischen Bewegung. Die neue Generation, zu der Daniel Bell, Robert Dahl, Irving Howe oder Arthur M. Schlesinger Jr. gehör-

ten, zeichnete sich durch ihren Skeptizismus aus – durch die Kritik an totalisierenden Politik- und Gesellschaftsentwürfen. Die Rechtfertigung dieser Perspektive ergab sich vor allem aus dem Kalten Krieg, das heißt der als notwendig erachteten Abgrenzung vom Totalitarismus. Gegenüber den früheren radikalen Demokraten, die von der politisch-sozialen Einheit oder der notwendigen Interessenpolitik her dachten, setzte man auf individuelle Freiheit, die es unter allen Umständen zu wahren gelte. Man setzte nicht mehr auf einen starken, planenden und kontrollierenden Staat als Mittel der Durchsetzung progressiver Ziele. Hier entstand die berühmte Idee einer tief in Geschichte und Tradition verwurzelten amerikanischen Weltanschauung, die als Garant von Offenheit, Toleranz, Kompromissfindung, Beratung und Verhandlung wirke.

Mit der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre, die Stears poetisch die »explosive Enklave« nennt, wurden gänzlich neue politische Instrumente in Stellung gebracht. Im Zentrum der Strategie der Bürgerrechtsbewegung stand – wohl auch aus Enttäuschung darüber, dass derartige Versuche bisher kaum gefruchtet hatten – nicht die Idee gemeinsamer Werte, an die man appellieren müsse, sondern ein neues Verständnis politischer Macht. Ungleichheit, so betonte man, war nicht Ergebnis einer mangelnden Verwirklichung existierender Werte, sondern deren faktische Nicht-Verwirklichung war Ergebnis der gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung sowie des Wirkens machtvoller Interessen. Politische Aktionen sollten daher Machtverhältnisse sichtbar machen und letztendlich zum Einsturz bringen. Die Neue Linke der siebziger Jahre schloss hier in gewisser Weise an, fügte aber zwei Neuerungen hinzu: ein erweitertes Verständnis von Partizipation auf allen gesellschaftlichen Ebenen sowie die Annahme, dass sich das Bewusstsein und die Verhaltensweisen des Einzelnen durch Engagement in politischen Auseinandersetzungen verändern lasse – daher der konfrontative, auf Charakter- und Solidaritätsbildung zielende Stil vieler Aktionen.

Die radikaldemokratische Tradition der USA weist einige Merkmale auf, die sich auch im Kontext progressiv-emanzipatorischer Bewegungen in Europa finden. Die Herausforderungen, denen sich der »republikanische Sozialismus« (Matthias Lemke) der deutschen, französischen und britischen Tradition stellen musste und muss, sind ähnlich gelagert wie diejenigen, die Stears für die USA rekonstruiert. Auch wesentliche Grundorientierungen teilte man beiderseits des Atlantiks. Unbestritten ist zunächst der Anti-Totalitarismus der verschiedenen Strömungen, die hier in den Blick geraten. Die Frage nach der Umsetzbarkeit bestimmter Ziele führt in der Regel zur Herausbildung eines qualifizierten Politikbegriffs, der bestimmte Mittel von vornherein als nicht mit den Zielen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar zurückweist. Hinzu kommt, dass sowohl in der radikaldemokratischen als auch der progressiv-emanzipatorischen Bewegung Diskussionen um Notwendigkeit, Ausmaß und Stellenwert einer pragmatischen Haltung und »realistischen« Politik Legion sind. In der Bundesrepublik ist diese

Debatte infolge der Politik sozialdemokratischer Regierungen seit 1998 noch einmal intensiv aufgeführt worden. Angesichts der reichhaltigen Tradition dieses Themas irritiert(e) mitunter die Vorausssehbarkeit der Argumente in diesem Stellungskrieg. Die Pragmatiker waren immer wieder damit beschäftigt, bestimmte politische Ziele als nicht machbar zu diskreditieren, während sie auf die Frage nach ihren Zielen stets nur hilflos auf das Machbare verweisen konnten. Die utopischen (manchmal auch traditionalistischen) Programmierer suggerierten dagegen, die Realisierung der politischen Ideale werde sich quasi automatisch einstellen, wenn man diese Ideale nur schön rein hielte (obwohl ein erhöhter Reinheitsgrad politischer Ideale historisch bisher immer mit dem Bedeutungsverlust der jeweiligen Bewegung einherging). Marc Stears' Buch zeigt, wie unproduktiv es ist, beide Dimensionen als unverbundene, gegensätzliche Pole zu behandeln, wo es sich doch eher um die Brückenpfeiler handelt, zwischen denen eine progressiv-emanzipatorische Politik entsteht. Wer in irgendeiner Weise an den Debatten der letzten Jahre interessiert ist oder gar beteiligt war, der sollte etwas Zeit in die Lektüre von »Demanding Democracy« investieren. Dabei wird noch etwas anderes auffallen: Die radikaldemokratische Bewegung gründete immer in überzeugenden und mobilisierenden Analysen der jeweiligen Gegenwart. Dass politischer »Realismus« in den letzten Jahren zu einem Selbstzweck werden konnte, hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Verbindungen zwischen engagierter Gesellschaftsanalyse auf der einen und politischen Reformprogrammen auf der anderen Seite verschwunden sind.

*Timo Luks,
Technische Universität Chemnitz*

JOHN GRAY:

Politik der Apokalypse – Wie Religion die Welt in die Krise stürzt

Stuttgart 2010

Klett-Cotta, 363 S.

John Gray untersucht im vorliegenden Werk die Bedeutung der Religion für den Menschen sowie die Auswirkungen religiöser Ideen und teleologischer Geschichtsinterpretationen auf das Handeln politischer Akteure und Entscheider. Er verfolgt keine atheistischen oder antireligiösen Ziele im engeren Sinne, sondern legt eine fundierte Analyse der Einflüsse religiösen Denkens auf politische Entscheidungen vor. Gray versteht Religion als ein menschliches Grundbedürfnis. Religiosität werden die Menschen immer bewahren, genauso wie sie sexuelle, spielerische und aggressionsbereite Triebe auszeichnen. Religion ist untrennbar mit dem Menschen verbunden und kann nicht einfach durch postmoderne Philosophen oder moderne wissenschaftliche Methoden »wegerklärt« werden.